



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Nicaragua – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

10. Januar 2022

Haftbedingungen politischer Gefangener

In einem Statement bei einer Videokonferenz haben Angehörige politischer Gefangener nach Besuchen zwischen dem 30.12.21 und dem 02.01.22 erneut auf den sich signifikant verschlechternden physischen und mentalen Gesundheitszustand politischer Gefangener, insbesondere der älteren Inhaftierten José Pallais, Violeta Granera, Mauricio Díaz und Edgar Parrales, hingewiesen und deren Freilassung gefordert. Zudem benannte eine Anwältin im Rahmen eines ebenfalls vorgestellten Berichts mindestens 38 Foltermethoden, denen die politischen Häftlinge immer wieder ausgesetzt seien.

31. Januar 2022

Verurteilungen zweier Oppositioneller

Am 27.01.22 ist der Oppositionelle Douglas Alfredo Cerros Lanzas, der im Zuge der Präsidentschaftswahlen am 06.11.21 festgenommen worden war, wegen Verbreitung falscher Nachrichten und Untergrabung der nationalen Souveränität zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Bereits am 13.01.22 war der Oppositionelle Donald Margarito Alvarenga Mendoza, der ebenfalls am 06.11.21 festgenommen worden war, als erster auf Basis des Ley Especial de Cibercriminología (Spezialgesetz zur Cyberkriminalität) und des Gesetzes 1055 (Gesetz zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden) zu ebenfalls zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Beiden wurde vorgeworfen, über die sozialen Medien Falschnachrichten verbreitet sowie zum Wahlboykott aufgerufen zu haben.

CPI: Nicaragua korruptestes Land Zentralamerikas 2021

Laut Angaben des aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) der NGO Transparency International belegt Nicaragua 2021 mit 20 Punkten den letzten Platz in Zentralamerika sowie gleichauf mit Haiti den vorletzten in der gesamten Region vor Venezuela (14 Punkte). Die Organisation sieht dabei einen direkten Zusammenhang zwischen der hohen Korruption in diesen Ländern und der dort vorherrschenden instabilen politischen Lage und/oder humanitären Krise. Nicaragua sich in den letzten zehn Jahren um neun Punkte verschlechtert; dem Land fehlt es laut der NGO an Transparenz und Gegengewichten zur erheblichen Machtkonzentration in der Exekutive.

07. Februar 2022

Diverse Bildungseinrichtungen verlieren Rechtsstatus

Am 02.02.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung erneut 16 zivilen Organisationen, darunter 14 Bildungseinrichtungen, wie der Politécnica de Nicaragua (Upoli), den Rechtsstatus entzogen. Ihnen wurde zur Last

gelegt, Finanzberichte nicht rechtzeitig veröffentlicht oder Personaländerungen in den Vorständen nicht fristgemäß mitgeteilt zu haben. Nach Schließung der unabhängigen Universitäten soll die Lehre dort vorerst unter der Aufsicht des Nationalen Hochschulrates (CNU) fortgeführt werden, Studierende kritisierten diesen Schritt. Die Zahl der Organisationen, denen seit 2021 der Rechtsstatus entzogen wurde liegt damit bei 77.

14. Februar 2022

Erste Verurteilungen in Strafprozessen gegen politische Gefangene, Tod des politischen Gefangenen Torres

Am 01.02.22 haben Strafprozesse gegen zahlreiche politische Gefangenen begonnen. Seither sind laut Angaben des Nicaraguanischen Zentrums für Menschenrechte (Cenidh) 19 Personen unter Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Untergrabung der nationalen Souveränität schuldig gesprochen und zu Freiheitsstrafen zwischen acht und 13 Jahren verurteilt worden. Als Zeugen wurden Medienberichten zufolge häufig nur Polizeibeamte gehört, vorgebrachtes Beweismaterial sei mitunter fragwürdig. Mit Hugo Torres ist ein weiterer politischer Gefangener laut offiziellen Angaben am 12.02.22 nach gesundheitlichen Beschwerden in Haft verstorben. Mehrere NGOs haben bereits öffentlich Kritik an dieser Darstellungsweise der Regierung geäußert und fordern eine unabhängige Aufarbeitung seines Todes.

28. Februar 2022

Weitere private Universitäten und NGOs verlieren Rechtsstatus

Am 23.02.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung (AN) zwei weiteren privaten Universitäten, der Tecnológica Nicaragüense (UTN) und der Santo Tomás de Oriente y Mediodía (USTON), den Rechtsstatus entzogen. Gemeinsam mit der geschlossenen Universidad Hispanoamericana im Dezember 2021 und den fünf privaten Universitäten am 02.02.22, darunter die Universidad Politécnica de Nicaragua (Upoli) als wichtige Institution während der soziopolitischen Proteste 2018 (vgl. BN v. 20.12.21 u. 07.02.22), ist damit bereits acht privaten Hochschulen der Rechtsstatus entzogen worden. Laut Professoren genannter Institutionen bezwecke die sandinistische Regierung mit diesen Schritten die Abschaffung freier und von politischer Indoktrination unabhängiger Lehre. Ebenfalls am 23.02.22 hat die AN sechs NGOs, darunter PEN International Nicaragua, den Rechtsstatus entzogen. Damit haben seit Beginn des Jahres 2022 bereits 40 Verbände, Stiftungen und gemeinnützige Einrichtungen ihren rechtlichen Status und ihre Registrierung verloren, darunter 22 Bildungseinrichtungen.

Verfahren und Verurteilungen politischer Gefangener, Gesundheitszustand Inhaftierter

Die Prozesse gegen politische Gefangene in der Direktion für Rechtshilfe (DAJ, bekannt als El Chipote) werden fortgesetzt (vgl. BN v. 14.02.22). Anwälte berichteten von strikten Zugangskontrollen mitunter auch inklusive der Abnahme von Gerichtsunterlagen, Laptops oder Beschlagnahmung von Beweismitteln. Teils seien sie zudem an der Kommunikation mit ihren Mandantinnen und Mandaten während den Anhörungen gehindert worden, auch der Zugang zu den Gerichtsakten der Angeklagten im Vorfeld sei erheblich erschwert oder gänzlich verweigert worden. Eine gemäß Verfassung angemessene Verteidigung sei damit nicht möglich, auch die Unschuldsvermutung gelte nicht. Am 23.02.22 sind sieben weitere Angeklagte (Juan Sebastián Chamorro, Arturo Cruz, Tamara Dávila, Violeta Granera, José Pallais, Félix Maradiaga und José Adán Aguerri) in einem mehrtägigen Sammelverfahren der Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität schuldig gesprochen worden, das Strafmaß für die Angeklagten soll am 03.03.22 verlesen werden. Die Staatsanwaltschaft hatte Haftstrafen zwischen acht und 13 Jahren gefordert. Der Gesundheitszustand der Angeklagten ist laut Augenzeugen schlecht. Seit Anfang Februar 2022 sind bereits 27 politische Gefangene für schuldig befunden worden, 19 davon sind bis 24.02.22 bereits zu Haftstrafen zwischen acht und 13 Jahren verurteilt worden. Am 03.03.22 soll das Verfahren gegen die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Cristiana Chamorro und weitere Personen beginnen.

21. März 2022

Prozess gegen Cristiana Chamorro, 25 weitere NGOs verlieren Rechtsstatus

Am 11.03.22 ist die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Cristiana Chamorro in einem weiteren Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Geldwäsche und Misswirtschaft für schuldig befunden worden, ebenso ihr Bruder

Pedro Joaquín sowie drei ehemalige Mitarbeiter ihrer Stiftung. Die Staatsanwaltschaft forderte Gefängnisstrafen zwischen sieben und dreizehn Jahren, das genaue Strafmaß soll am 21.03.22 verkündet werden. Auch in diesem Fall kritisierten NGOs und Medien zahlreiche Rechtsstaatsmängel des Verfahrens und die Haltlosigkeit der Vorwürfe. Am 17.03.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung zudem 25 weiteren NGOs den Rechtsstatus aberkannt, darunter waren der unabhängige wirtschaftliche Thinktank Funides, und die Fundación Grupo Cívico Ética y Transparencia, welche u.a. Wahlbeobachtung durchführte.

28. März 2022

Indigener Aktivist getötet

Am 15.03.22 ist in der abgelegenen Pansunwás Gegend im Gebiet Matumbak der von Folter gezeichnete Leichnam des indigenen Mayangna-Führers Salomón López Smith aufgefunden worden. Laut Angaben der NGO Centro por la Justicia y Derechos Humanos de la Costa Atlántica de Nicaragua (Cejudhcan) sind zwischen 2015 und 2022 mindestens 63 Indigene getötet worden, 28 davon gemäß Daten der NGO Fundación del Río in den Jahren 2020 und 2021. Alle Taten blieben ebenso straflos wie in der Regel die widerrechtliche Landnahme durch illegale Siedler, denen mehrere NGOs Nähe zur sandinistischen Regierungspartei attestieren.

04. April 2022

Neues NGO-Regulierungs- und Kontrollgesetz

Am 31.03.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung im Eilverfahren das neue Allgemeine Gesetz zur Regulierung und Kontrolle gemeinnütziger Organisationen (Ley General de Regulación y Control de Organismos sin fines de lucro) beschlossen. Das Gesetz nennt unter anderem mehrere Gründe für die Aufhebung des Rechtsstatus einer NGO sowie die Einbehaltung bzw. Übertragung ihrer Vermögenwerte an den Staat und weitet damit die Regulierungs- und Kontrollbefugnisse des Innenministeriums und der Generaldirektion für Registrierung und Kontrolle gemeinnütziger Organisationen aus.

02. Mai 2022

Austritt aus OAS, Schließung und Verstaatlichung des Büros in Managua, Prozess Parrales

Am 24.04.22 hat Staatspräsident Ortega den finalen Austritt Nicaraguas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verkündet. Am selben Tag wurden zahlreichen Repräsentanten am Sitz der OAS in Washington die Akkreditierungen entzogen. Ortega hatte den Austritt bereits im November 2021 nach deutlicher Kritik an dem Wahlprozess sowie an seiner Wiederwahl angekündigt. Am 26.04.22 wurde zudem ein Erlass der Generalstaatsanwaltschaft veröffentlicht, der die Immobilie des Büros der Organisation in Managua für gemeinnützig erklärt und deren Übergang in Staatsbesitz regelt. OAS-Generalsekretär Almagro wies den Austritt als nicht statutenkonform zurück, da ein Austritt zwei Jahre dauert und kritisierte die Schließung des Büros. Bereits Ende März 2022 war der nicaraguanische Botschafer bei der OAS, Arturo McFields, entlassen worden, nachdem er Staatspräsident Ortega öffentlich als Diktator bezeichnet hatte und diesen stark kritisierte. Am 26.04.22 ist zudem mit dem politischen Gefangenen Edgar Parrales Castillo ein ehemaliger Repräsentant Nicaraguas bei der OAS laut Angaben der NGO Centro Nicaraguense de Derechos Humanos zu Venezuela (CENIDH) der Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität und der Verbreitung von Falschnachrichten schuldig gesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft forderte ein Strafmaß von acht Jahren, die Urteilsverkündung wird am 05.05.22 erwartet.

Weitere Verhandlungen von inhaftierten Oppositionsführern, 25 weiteren NGOs Rechtsstatus entzogen

Mit Michael Healy und Álvaro Vargas, dem ehemaligen Präsident und Vizepräsident des Obersten Rates für Privatunternehmen (COSEP) sind am 30.04.22 laut CENIDH zwei weitere inhaftierte Oppositionelle wegen Verbrechens der Untergrabung der nationalen Integrität bzw. Verschwörung für schuldig befunden worden. Es sind Strafen von 13 respektive neun Jahren Haft durch die Staatsanwaltschaft beantragt worden.

Bereits am 20.04.22 hatte die sandinistisch dominierte Nationalversammlung 25 weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft den Rechtsstatus entzogen. Damit summiert sich deren Zahl seit der Proteste 2018 Medienberichten zufolge auf insgesamt 168 Organisationen.

23. Mai 2022

Religionszugehörigkeit: Überwachung von Geistlichen, Aussetzung des katholischen Fernsehkanals 51

In KW 20 haben sich polizeiliche Überwachung und Repressionen gegen religiöse Führungspersonlichkeiten verschärft. Mindestens drei Geistliche seien Medienberichte zufolge betroffen, darunter der Bischof der Diözese Matagalpa, Monsignore Rolando José Álvarez, welcher seit Jahren wiederholt die Regierung Ortega kritisiert und Menschenrechtsverletzungen im Land angeprangert hatte. Seit 19.05.22 berichtet er von intensiver persönlicher Überwachung sowie dem Eindringen von Polizeikräften in das Haus von Verwandten. Auch die Kirche des Pfarrers Harving Padilla in Masaya sei umstellt. Bereits seit 15.05.22 berichtete dieser von Schikanie und Überwachung durch die Polizei, aber auch sandinistische, parapolizeilich agierende Personengruppen. Am 20.05.22 hat das nicaraguanische Institut für Telekommunikation und Post (Telcor) zudem Kabelbetreiber angewiesen, den Kanal 51, Canal Católico, der Nicaraguanischen Bischofskonferenz (CEN) aus dem Programm zu nehmen, welcher Unterstützungsnachrichten für den betroffenen Bischof gesendet hatte.

44 weiteren NGOs Rechtsstatus entzogen

Bei Parlamentssitzungen am 18.05. und 19.05.22 ist 44 weiteren NGOs der Rechtsstatus durch die sandinistisch dominierte Nationalversammlung entzogen worden. Das Innenministerium (Migob) wirft den NGOs Verstöße gegen das Allgemeine Gesetz zur Regulierung und Kontrolle von gemeinnützigen Organisationen (Ley N° 1115) sowie Gesetz 977 zur Bekämpfung der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und der Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vor.

13. Juni 2022

Aberkennung der Rechtspersönlichkeit weiterer NGOs

Am 31.05. und 02.06.22 ist insgesamt 179 weiteren NGOs die Rechtspersönlichkeit durch die sandinistisch dominierte Nationalversammlung (AN) aberkannt worden, damit summiert sich deren Zahl laut Berichten von El Confidencial im Jahr 2022 bereits auf 378. Den betroffenen Organisationen wird u.a. ein Verstoß gegen das am 06.05.22 in Kraft getretene Gesetz zur Regulierung und Kontrolle von NGOs (Ley General de Regulación y Control de Organismos Sin Fines de Lucro) vorgeworfen. Am 14.06.22 steht zudem ein Antrag zur Abstimmung über die Aberkennung der Rechtspersönlichkeit weiterer 93 NGOs auf dem Programm, dessen Annahme als Formsache gilt.

Prozessbeginn gegen politischen Gefangenen

Am 31.05.22 hat der Prozess wegen Verschwörung gegen die nationale Integrität gegen den Oppositionsführer in Masaya und Mitglied des Bündnisses Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia, Yubrank Suazo, begonnen, welcher am 18.05.22 unter Polizeigewalt festgenommen worden war. Der Überwachungsmechanismus für politische Gefangene zählt Suazo, der bereits 2018 in Zusammenhang mit den damaligen Protesten erstmalig verhaftet worden war, als aktuell 183. politischen Gefangenen im Land.

20. Juni 2022

Pressefreiheit: Schließung Trinchera de la Noticia

Am 10.06.22 wurde die unabhängige Medienanstalt Trinchera de la Noticia wegen Störung des sozialen Friedens geschlossen sowie dessen Redaktion von der Polizei besetzt. Auch Vermögenswerte und Bankkonten wurden beschlagnahmt. Seit den Protesten 2018 sind Angaben der NGO Nicaragua Nunca Más sowie des Regionalnetzwerkes Voces del Sur zufolge über 20 lokale Medien geschlossen worden, mindestens 120 Medienschaffende sind ins Ausland geflohen.